

"WER IST HERR RUSSELL?"

Aus den Erlebnissen eines Grenzgängers

FRANKFURT/PARIS Was sich hinter dem Namen Russell Ende März verbirgt bzw. wer, ist wohl für viele Franzosen oft noch ein Rätsel, das gelegentlich schon mal zu abenteuerlichen Spekulationen führt wie z.B. während einer von den mit so liebevoller Sorgfalt durchgeführten "Routinekontrollen" an der deutsch-französischen Grenze.

Nachdem auch das aller kleinste Döschen geöffnet war und wieder mal das erhoffte Haschisch als simple, aber gut schwarz färbende Schminke sich entpuppte (die doch so häufige Enttäuschung nach diesem Öffnen merkwürdiger Döschen verhindert nicht ein Aufleuchten des Zöllnerauges beim Anblick dieses Puders) und auch als der russische Wodka auf seine Echtheit überprüft ward, wandte man sich endlich der Entzifferung deutschsprachiger subversiver Hetzblätter zu, die vorzufinden wohl auch erwartet wurde, wie aus dem bedeutungsvoll-kopfnickenden Lächeln zu schließen war. Denn deren Mitführung garantiert schon eher den Beweis der Gefährlichkeit des Transporteurs für den französischen Staat, die die Art und Weise der minutiösen Durchsuchung und Befragung legitimieren könnte.

Schwierigkeiten bei der Feststellung der Herkunft dieser "Materialien" dehnten das Telefongespräch vom inzwischen geholten und wohl "spezialisierten" höheren Polizei-offizier mit Monsieur X über eine halbe Stunde aus: "Sie sagen, daß sie es in der Buchhandlung gekauft haben, ob man sie passieren lassen kann?" Ob es denn noch linke Buchhandlungen in der BRD gebe. Ob ich es denn in Sibirien schön fände oder in der DDR. Großes Interesse an der Broschüre zum Tageszeitungs-Projekt, noch ungeschnitten und mit weißen Seiten durchsetzt, noch nicht im Handel; aha aha beim Lesen des Namens Cohn-Bendit in "Letzte Nummer", wie gut, daß ihm nichts gelingt, wieso nicht seine Zeitung? wenn's doch drinsteht. Es fällt ein Brief vom ID heraus — kauft man das auch in der Buchhandlung? — wo der Name Russell auftaucht: "Herr Russell, wer ist das, ist das nicht der, der zur Baader-Meinhof-Bande gehört?"

AUSZÜGE AUS EINEM INTERVIEW MIT JEAN-PIERRE FAYE

Mitglied der Jury des 3. Russell-Tribunals

Das folgende Interview wurde bereits vor mehreren Tagen gemacht. Inzwischen scheint es so, als habe die Jury offiziell Unterausschüsse unter anderem zu den Haftbedingungen und auch zu Gewerkschaftsausschlüssen eingerichtet. Genaueres dazu wird auf der Pressekonferenz am Dienstag bekanntgegeben.

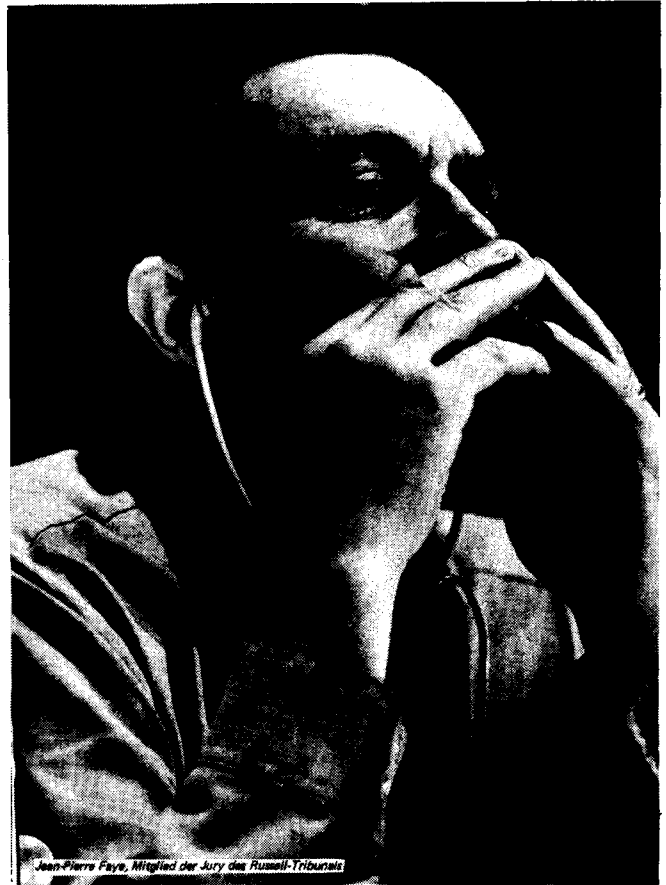
ID: Was denken Sie über den Appell von Empell an die Jury, sich mit der Situation der Gefangenen in der BRD zu befassen?

Faye: Als Mitglied der Jury kann ich dazu nicht entscheidend Stellung beziehen. Die Jury einigte sich bereits vor langer Zeit darauf, den Punkt „Berufsverbot“ zu behandeln, zunächst einmal, weil man nicht alles auf einmal untersuchen kann; dann ist die Aufklärung von Haftumständen viel schwieriger, dazu kommen die Schwierigkeiten, die aus der Situation der deutschen Linken selbst resultieren. Ich persönlich habe eine etwas abweichende Meinung. Ich denke, daß dieser Appell äußerst dringlich und sehr ernst zu nehmen ist. Ich bin geneigt, einem solchen Appell Folge zu leisten, denn wo immer sich Gefangene im Hungerstreik befinden, sei es in der UdSSR oder in der BRD, und gleich welche Motive sie

ins Gefängnis gebracht haben, ist es unbedingt notwendig, sich um ihre Fälle zu kümmern. Wenn in der 2. Sitzungsperiode über die Ausschlüsse von Rechtsanwälten geredet wird, werden die Bedingungen und Rechte der Gefangenen zur Sprache kommen müssen.

ID: Ein Fall, von dem man jetzt viel spricht, ist Siegfried Haag, der sich auch im Hungerstreik befindet.

Faye: Sicher ist, daß man bei einer Situation wie Hungerstreik nicht leichten Herzens daran denken kann, daß man sich erst in 8 Monaten damit befassen kann — er kann



Jean-Pierre Faye, Mitglied der Jury des Russell-Tribunals

ja nicht 8 Monate im Hungerstreik sein! Der Fall Holger Meins ist noch in zu deutlicher Erinnerung, als daß man sich diese Fragen nicht mit aller Schärfe stellen muß. Vor drei oder vier Jahren hörte ich in Paris Croissant die Bedingungen von Gefangenen in der BRD beschreiben, an seiner Seite Sartre. Die Ausweisung von Croissant seitens der französischen Regierung betrifft mich direkt als französischer Staatsbürger. Für mich ist dies eine sehr schwerwiegende Tatsache, die im Widerspruch zur Erklärung der Menschenrechte so wie zur französischen Verfassung steht, die derzeit in Kraft ist. ... Die Verletzung des Asylrechts hat die Probleme der Gefangenen in der BRD gegenwärtiger gemacht. Ich bin deshalb zum Tribunal gekommen, allerdings hatte ich schon vor der Tragödie von Stammheim zugesagt zu kommen. Aber sicher ist, das ich mich danach sehr motiviert fühlte.

ID: Glauben Sie, daß Sie in der Jury intervenieren bzw. Ihre Meinung dort ausdrücken können?

Faye: Sicher, wenn sich die Diskussion unter uns schnell entwickelt, werde ich sagen, was ich dazu zu sagen habe. Gestern gab es übrigens eine erste Debatte zu diesem Problem, wo ich der Jury in dieser Richtung einen Anstoß zu geben versuchte.

ID: Die Jury will das Problem der Gewerkschaftsausschlüsse

nicht behandeln, weil Gewerkschaften private Organisationen seien. Die Rechte und Bedingungen von Häftlingen nun sind direkt abhängig vom Staat. Deshalb bin ich etwas überrascht, nun, ich kenne gut die Gründe, ich will aber lieber nicht das Wort Opportunismus verwenden....

Faye: Ich glaube nicht, daß das etwas mit Opportunismus zu tun hat. Die ausländischen Mitglieder des Russell-Tribunals sind vom deutschen Beirat eingeladen worden, um die deutsche Situation in einer Reihe von Punkten zu untersuchen. Die deutschen Beiratsmitglieder, obwohl nur in beratender Funktion, haben schon große Verantwortung auf sich genommen. Was ihre persönliche Existenz betrifft: sie sind seitens der Regierung und der Medien massiven Angriffen ausgesetzt, sie gelten als Sympathisanten des Terrorismus, als manipuliert von Moskau, kurz, sie werden dunkler Machenschaften bezichtigt. Nun, tatsächlich haben sie sich dem in gewisser Weise ältesten Problem der Berufsverbote angenommen, das wohl die größte Anzahl von Leuten betrifft, und glaubten damit die breiteste Unterstützung zu finden. Aber schon hierbei war die Unterstützung gering, die deutsche Presse berichtet kaum davon...

ID: Haben Sie das erwartet?

e: Nicht direkt eine Unterstützung von der Presse, was mich aber am meisten erstaunt, ist die minimale Reaktion der französischen Presse. Deshalb habe ich an „Le Monde“ geschrieben.

INTERVIEW MIT LORD GIFFORD Jurymitglied des 3. Russell-Tribunals

Frankfurt 1. April *Lord Gifford arbeitet in einem englischen Anwaltskollektiv, das sich auf die Verteidigung von Emigranten, Arbeitern und Journalisten konzentriert. In der Vergangenheit hat er sich aktiv für die Verteidigung der Menschenrechte im internationalen Maßstab eingesetzt. Er arbeitete u.a. in einem Komitee zur Unterstützung der Entkolonialisierungsbewegungen in Afrika mit. Auch ist er häufig Prozeßbeobachter in totalitären Staaten.*

ID: Wie kommst Du zum Russell-Tribunal ?

Gifford: Das ist eigentlich eine Frage an die Russell-Foundation, aber ich vermute, daß es sowohl mit meiner Arbeit als Anwalt in der Bürgerrechtsbewegung in England zusammenhängt und weil ich mich intensiv mit Fragen der Menschenrechte, auch außerhalb Großbritanniens, beschäftigt habe. Ich habe die Einladung angenommen, da mir die Thematik des Tribunals bedeutend erscheint und zwar nicht nur für die Bevölkerung Großbritanniens oder der BRD, sondern darüber hinaus für ganz Westeuropa. Die Sachbeiträge der letzten Tage haben mich oft an Praktiken erinnert, die in der letzten Zeit in England zunehmen., insbesondere die wachsende Macht der Geheimdienste. Wenn ich durch meine Teilnahme am Tribunal einen Beitrag leisten kann im Kampf zur Eindämmung dieser Entwicklung hier (BRD), erwarte ich auch Auswirkungen auf Großbritannien.

ID: Mit welchen Bürgerrechtsfragen beschäftigst Du Dich z. Zt. ?

Gifford: Ein großes Problem in Großbritannien, möglicherweise auch hier in der BRD ist, daß die Arbeiterklasse theoretisch Rechte besitzt, sie aber keine Möglichkeit hat, diese Rechte zu verwirklichen. Das hat zum einen ökonomische Gründe, zum anderen sind die Anwälte zu konservativ.

ID: Gibt es in Großbritannien, speziell in Irland, außer der zunehmenden Macht der Geheimdienste, Entwicklungen, die ähnliche Tendenzen aufzeigen wie hier ?

Gifford: Die Sicherheitsbehörden in Großbritannien brauchen nicht auf das Modell Deutschland zurückzugreifen, sie haben bereits eigene Gesetze und Techniken entwickelt, die durchaus ihre Anwendung finden können, falls es irgendwann zu einer demokratischen Herausforderung an die herrschende Machtstruktur kommen sollte. Das Beispiel Nordirland zeigt, daß es falsch ist, England als eine liberale Demokratie zu bezeichnen. Angespannte Situationen werden zum Anlaß genommen, repressive Gesetze zu verabschieden, die erst später in der Unterdrückung legaler demokratischer Aktivitäten ihre Anwendung finden.

ID: Gibt es in Großbritannien wie in der BRD ein Gesetz, das den Verteidigerausschluß ermöglicht ?

Gifford: Bisher nicht. Einige Richter haben Anwälte, die irische Angeklagte verteidigt haben, ausgeschlossen, aber die Anwaltskammern haben sich bisher erfolgreich widersetzt. Wir können sagen, daß die Situation für Verteidiger noch immer recht gut. Ich selbst bin Mitglied eines Anwaltskollektivs, und wir können durchaus aus Verfahren ausgeschlossen werden, nicht auf spezieller Gesetzesgrundlagen sondern auf administrativer Ebene.

ID: Ist irgendwann Euer Telefon abgehört worden oder habt Ihr Wanzen in Eurem Büro gefunden ?

Gifford: Das weiß ich nicht, zumindest haben wir keine entdeckt, möglicherweise gibt es welche. Ich z.B. verteidige im Moment zwei Journalisten, die sofort, nachdem sie einen ehemaligen Soldaten interviewt hatten, verhaftet wurden. Das ist ein konkreter Beweis, daß es Überwachungen gibt.

ID: Was meinst Du zu der Tatsache, daß das Tribunal von verschiedenen Gruppen diffamiert, boykottiert oder verleumdet wird ?

Gifford: Ich hoffe, daß alle, die sich gegen die zunehmende Einschüchterung durch Berufsverbote wehren, nachdem das Tribunal nun einige Tage arbeitet, einsehen, daß es ihre volle



Lord Gifford, Mitglied der Jury des Russell-Tribunals

Unterstützung verdient. Mich hat der Empfang in Frankfurt und in Berlin sehr beeindruckt, unabhängig von der politischen Richtung, die diese Leute repräsentieren. Sie zumindest verstehen, wie wichtig unsere Arbeit ist und setzen große Erwartung in uns, die wir nicht enttäuschen dürfen.

ID: Angehörige von politischen Gefangenen haben die Forderung erhoben, daß das Russell-Tribunal sich mit deren Situation beschäftigen sollte. Jury und Beirat haben dies abgelehnt.

Gifford: Unsere heutige (31. 3.) Presseerklärung macht deutlich, daß das Russell-Tribunal die Behandlung aller Gefangenen, einschließlich derjenigen, die wegen Gewalt gegen den Staat einsitzen, bestimmte Rechte haben, und wir fordern die Betroffenen auf, uns Beweismaterial zu überlassen, die es uns ermöglichen, in der zweiten Periode des Russell-Tribunals durch diese Problematik zu behandeln. Die Fälle, die wir in der jetzigen Periode untersuchen, ermöglichen ein sachlich begründetes Urteil. Es wäre falsch, das Ansehen des Russell-Tribunals durch die Untersuchung der Fälle, bei denen die Beweismaterialien für uns nicht überprüfbar sind, aufs Spiel zu setzen.

ID: Welche Auswirkungen durch das Russell-Tribunal erwartest Du auf das politische Klima der BRD? Ist Deiner Meinung nach eine ähnliche Breitenwirkung möglich wie beim ersten Russell-Tribunal?

Gifford: Ich glaube ja. Es dürfte einen starken Einfluß auf das Bewußtsein der Bevölkerung in der BRD haben. Die Ergebnisse können als direkten Druck auf die Regierung verwandt werden, um die Praktiken, die wir aufdecken, zu beenden. Anhand der Informationen, die wir bisher haben, erscheint es mir bereits gesichert, daß der Grad der Überwachung und Kontrolle sehr weit fortgeschritten ist. Wenn wir diese Anklage nach innen und nach außen anwenden können, ist zu hoffen, daß die Regierung ihre Politik ändert. Ich bin überzeugt, daß wir mehr Möglichkeiten haben, die Regierung zu beeinflussen, als das letzte Russell-Tribunal, das über die südamerikanischen Diktaturen verhandelt hat, und wo sich bis heute nichts geändert hat. Wie effektiv diese Arbeit wird, hängt von der Sachlichkeit und Richtigkeit und ihrer Schlüsse ab.

AUSZÜGE AUS EINEM GESPRÄCH MIT ERICH FRIED AM 29.3. IN OFFENBACH

Erich Fried ist Deutscher und Jude, er lebt seit vielen Jahren als Dichter in London. Er hat an vielen linken Veranstaltungen in Deutschland teilgenommen ('was wär' ich ohne Erich') und auch in vielen seiner Gedichte zu aktuellen politischen Vorgängen Stellung genommen.

Wie schätzt du die Arbeit des Russell-Tribunals ein und was glaubst du bedeutet es für die Situation in Westdeutschland?

Man muß sehen, daß das Russell-Tribunal nicht in erster Linie eine deutsche Angelegenheit ist, sondern tatsächlich von der Russell-Peace-Foundation einberufen wurde, zwar auf Wunsch von ausländischen Organisationen, die über die Entwicklung in der Bundesrepublik beunruhigt waren. Die deutschen Bitten wurden zwar ernst genommen, aber es sprach ein wenig dagegen, daß die Bitten wegen des gespaltenen Zustandes der deutschen Linken so widersprüchlich waren. Die Aufgabe des Russell-Tribunals, wie es die Foundation sieht, ist nicht in erster Linie, Propagandamaterial für die deutsche Linke zu liefern, schon gar nicht, ein Sprachrohr der deutschen Linken zu sein. Sie wird sein, völlig unabhängig Tatsachen festzustellen, sie dann auch in ganz Europa denen, die sich dafür interessieren, bekannt zu machen. Wenn die deutsche Linke im Stande ist, diese Tatsachen zu verwerten, um gegen Repression zu arbeiten, dann wird das die Russell-Peace-Foundation nur freuen.

Ich glaube auch, daß die Gewerkschaftsausschlüsse ein Ausmaß angenommen haben, daß es wichtig wäre, daß sie im Russell-Tribunal etwas mehr zur Sprache kommen, als bisher gesichert erscheint. Allerdings ist es bekanntlich so, daß Leuten, bei denen der Gewerkschaftsausschluß ein konstituierender Bestandteil eines Berufsverbots ist, durchaus im Stande sein werden, das vor dem Tribunal zu sagen, daß die Jury auch von niemandem gehindert werden kann, sich dafür zu interessieren. Also es ist nicht so, daß die Gewerkschaftsausschlüsse einfach weg vom Tisch sind, darauf haben auch führende Gewerkschaftsfunktionäre hingewiesen, um das Russell-Tribunal als gewerkschaftsfeindlich zu verleumden. Gewerkschaftsfeindlich finde ich natürlich die gewerkschaftliche Ausschlußpolitik.



Was sagst du zu den Vorwürfen, auch seitens der Linken, die dem Russell-Tribunal gemacht werden?

Das Russell-Tribunal hat ganz klar gemacht, also die Jury und die Russell-Peace-Foundation, daß sie an eine Vorverurteilung Deutschlands nicht denken. Es ist keine anti-deutsche Angelegenheit, es handelt sich schließlich darum, was einige Deutsche anderen Deutschen antun, und diese anderen Deutschen beschützen zu helfen, gegen das was ihnen angetan wird, das ist kein Deutschenhaß drin. Außerdem finde ich diesen Hinweis, wie kann man das auf eine Stufe stellen mit Vietnam und Südamerika, so dumm, das mir die Worte fehlen. Denn angeklagt wurde natürlich nicht Vietnam, obwohl man sich auch über Thieu und Ky und diese Sachen informiert hat, sondern was angegriffen wurde, war das Verhalten der Vereinigten Staaten in Vietnam, der Vietnamkrieg. Man hat also der Bundesrepublik nichts Ärgeres angetan, als sie mit ihren grossen amerikanischen Freunden und Verbündeten auf eine Stu-

fe zu stellen. Das wäre ja also nicht etwas, worüber zum Beispiel Helmut Schmidt und andere Leute sich ohne weiteres beschweren könnten.

Es hat in der Vorbereitung des Tribunals harte Konflikte darüber gegeben, was auf diesem Tribunal thematisiert werden soll und was nicht, was man aus dem komplexen Zusammenhang von Repression, wie er sich in diesem Land darstellt, herausgreifen soll. Wie denkst du darüber?

Man darf natürlich nicht glauben, daß andere westliche Demokratien vollständig rein und die Bundesrepublik vollständig arg ist, vor solchen Schwarz-Weiß-Malereien muß man sich hüten. Zum Beispiel wird in England über Irland nicht einmal annähernd adäquat berichtet, obwohl eine Pressezensur in dem Maße, wie sie als Zensur und Selbstzensur in der Bundesrepublik auftaucht, in der englischen Presse nicht möglich wäre. Aber natürlich gibt es auch da Mißstände. Das Russell-Tribunal kann sich nur mit dem Bruch von Menschenrechten befassen, wo er am deutlichsten wird, weil sonst die Sache einfach einen Umfang annimmt, der den Möglichkeiten dieses Tribunals zu groß wird. Natürlich findet der Bruch von Menschenrechten auch in Schulen, in Fürsorgeheimen laufend statt, aber das zu erfassen, ist die Aufgabe einer Sozialkritik und einer umfangreichen progressiven Soziologie, das geht einfach über die Möglichkeiten eines solchen Tribunals. Außerdem gibt es das, wenn auch nicht in so arger Form, auch in anderen bürgerlichen Demokratien, übrigens auch in Ländern, die sich für sozialistisch halten. Es wird schon im Russell-Tribunal zu wenig Zeit sein, das zu behandeln, was dringend behandelt werden muß. Man muß sich also deswegen hauptsächlich auf die Menschenrechtsverletzungen beschränken, deren man verhältnismäßig leicht dokumentarisch habhaft werden kann und die man irgendwo festmachen kann. Menschenrechtsverletzungen, die aus reaktionärer Gesinnung der Bevölkerung kommen zum Teil, auch wenn diese Bevölkerung reaktionär gesinnt ist, weil sie manipuliert wurde, sind viel schwerer dingfest zu machen?

Wie denken die Leute in England über das Russell-Tribunal?

Die Leute in England wissen viel weniger, als etwa in Frankreich, Italien oder Holland. In allen Ländern, die nicht selbst von deutschen Truppen besetzt waren während des Krieges, ist das Interesse für diese Sachen geringer als in Ländern, die selbst einmal den Faschismus am eigenen Leib direkt zu spüren bekommen haben. Aber natürlich gibt es auch in England Interesse, vor allem wegen des Sympathisantenrummels, also die Art, wie der Begriff Sympathisant geprägt und gegen diese sogenannten Sympathisanten gekämpft wurde, hat in England Launen ausgelöst, obwohl es in England manchmal fast eine Verschwörung des Schweigens über deutsche Dinge gibt. Jetzt haben auch Zeitungen wie der Guardian plötzlich geschrieben, daß Senator Mc Carthy wohl wieder aufliebt in Deutschland, und auch die Art, wie das Russell-Tribunal verleumdet wurde und englische Mitglieder des Tribunals von gewerkschaftlichen und öffentlichen, behördlichen Stellen dargestellt wurden, hat in England Verwunderung und ein bißchen Heiterkeit ausgelöst. Und zu unfreundlichen Pressemittellungen geführt. Unfreundlich für die betreffenden deutschen Stellen. — ... die Auffassung von Menschenrechten, die in Deutschland weitgehend auch bei regierenden Politikern verbreitet ist, ist im Ausland als sehr merkwürdig empfunden worden. Die Jury-Mitglieder teilen diese Auffassung nicht, daß sich irgend jemand außerhalb seiner Menschenrechte stellen kann durch eine Tat. Sie ist mit einer Menschenrechtsauffassung, wie sie in England sogar von Konservativen vertreten wird, nicht vereinbar.

AMNESIE — EIN WINTERMÄRCHEN

(Nachtrag zu der Veranstaltung am 28. März in der Pupille)

FRANKFURT 2. April Amnestie auf Teufel komm raus! haben wir im Vorwort zu „Ein deutscher Herbst“ gefordert und „ein Gesetz zum Kontakt mit der zukünftigen Wirklichkeit“. Gedankenspielerlei mit einer harten Realität: wer will denn überhaupt freilassen und wen? In der Tat ist die RAF wahrscheinlich ebenso gegen Amnestie wie Karsten Voigt und Kopf-ab-Jäger, und ein junger badischer Rekrut, Mitglied des KBW, erklärte mir neulich, 80 Prozent der unter Stalin Umgebrachten hätten es bestimmt verdient und nach der Revolution könne man hier auch nicht zimperlich sein. Einsperren, Ausschalten, Säubern, Überwachen, Kontrollieren, das sind keineswegs bloß politische Probleme von staatlichen Apparaten und ihren Verdachtspersonen, sondern in der Massenseele festangestellte Sicherheitskräfte und genauso in und Einzelnen. Kindern ist das Spielen im Hausflur verboten! Ruhe! Du hast die Redezeit überschritten! Halt's Maul! Alle Türen zu! Du Staatsschützer! — Angesichts dessen ist die Idee einer großen Amnestie aberwitzig, verrückt, schön und das einzig Wahre. Freiheit nicht nur für die politischen Gefangenen. Alle Türen auf: der verschlossenen Blicke, der Vorurteile, der kategorialen Gefängnisse und der Zuchthäuser des Gefühls. Sesam öffne dich — ein deutsches Wintermärchen. Ich meine das ganz realpolitisch.
Frank Wolff

ZUR INNERSTAATLICHEN FEINDERKLÄRUNG

FRANKFURT, 28. März Aus „Radikale im öffentlichen Dienst“, Frankfurt 1973, S. 45 ff.

Was die innerstaatliche Feinderklärung angeht, ist Hamburgs Erster Bürgermeister besonders deutlich geworden:

„Schulz! Auf die Feststellung der Verfassungsfeindlichkeit kommt es nicht an. Es reicht schon der Zweifel, der Bewerber sei nicht bereit, sich aktiv für die Verfassung einzusetzen. Spiegel: Bei Kommunisten liegt es näher zu zweifeln?“

Schulz: Kommunisten wird es aufgrund ihrer Zielvorstellungen naturgemäß besonders schwerfallen, sich für die parlamentarische Demokratie einzusetzen.

Spiegel: Und im Zweifel wird nicht, wie im Strafrecht, für den Angeklagten („in dubio pro reo“), sondern gegen den Betroffenen entschieden — in dubio contra reum?

Schulz: Im Zweifel für die Sicherheit der Demokratie — nöicht nicht gegen irgendjemanden.“

Schulz: Wenn jemand Mitglied der DKP ist, dann gucke ich ihn mir näher an. Und da weiß ich, daß der Verfassungsschutz über Daten von Leuten verfügt, sehe ich mir diese auch an.

Ich halte das für legitim. Wenn nichts dabei rauskommt, ist die Sache für mich erledigt. Dann sage ich nicht, nun beschattet ihn mal ein halbes Jahr. Das wäre dummes Zeug.

Spiegel: Sie holen sich also Auskünfte beim Verfassungsschutz. Aber der muß ja selber erst mal tätig werden, um Erkenntnisse zu sammeln.

Schulz: Na sicher.

Spiegel: Er wird also einen Verdächtigen beobachten, Daten sammeln, in einer Versammlung sitzen und mitschreiben.

Was ist denn das anderes als bespitzeln?

Schulz: Gut, wenn sie dafür schon den Ausdruck „bespitzeln“ anwenden, dann ist das ihre Sache. Ich verstehe etwas anderes darunter, zum Beispiel einen V-Mann ansetzen. Im übrigen: es ist ziemlich bescheiden, was unser Verfassungsschutz da leisten kann“. (S. 45/46 und S. 47 der Fischer-Dokumentation)

OTELO GRÜSST AUS LISSABON

LISSABON, 2. April 78 *In der portugiesischen Zeitung "Diario de Lisboa" wurde die Grußadresse von Otelo de Carvalho an das Russell-Tribunal veröffentlicht:*

"Ich bedauere meine Abwesenheit in der ersten Sitzung des 3. Russell-Tribunals, das jetzt in Frankfurt beginnt. Mit der tiefsten Anteilnahme begrüße ich alle Kollegen des Tribunals, die verschwistert sind im gleichen Gefühl von Gerechtigkeit, Fortschritt und Brüderlichkeit und die für die Befreiung der Völker der ganzen Welt von Unterdrückung und Entwürdigung kämpfen, denen sie zunehmend ausgesetzt sind.

Ich hoffe, daß die vom Tribunal am Ende seiner ersten Sitzungsperiode vorgelegten Ergebnisse das Bewußtsein des deutschen Volkes und anderer Völker weckt. Nicht nur in Bezug auf die heftige politische Verfolgung innerhalb Westdeutschlands gegen alle diejenigen, die für eine gerechtere Gesellschaft kämpfen, die von den Arbeitenden aufgebaut ist, sondern auch bezüglich der Aggressionen imperialistischen Charakters, die die deutsche Regierung mit Unterstützung und Applaus seitens der internationalen kapitalistischen Welt durchführt, wie z.B. Polizeiaktionen deutscher Kräfte außerhalb der BRD, die Errichtung einer großen Raketenbasis in Zaire, die Errichtung von Atomkraftwerken in anderen Ländern des kapitalistischen Blocks. Ich sende Euch ausdrückliche, brüderliche und hoffende Grüße

Otelo Saraiva de Carvalho

TELEGRAMME

Telegramm der Russell-Jury vom 1.4.1978 an General Eanes, Staatspräsident von Portugal

Die Jury des 3. Russell-Tribunals wiederholt ihre Einladung an Otelo de Carvalho, sofort seinen Platz unter den Jury-Mitgliedern in Frankfurt einzunehmen.

Die portugiesischen Behörden werden dringend aufgefordert, Major de Carvalho zu erlauben, seine Grundrechte wahrzunehmen.

Russell-Tribunal

Telegramm Helmut Gollwitzers an den Streikrat der iranischen Studenten in Mainz:

"We support your hunger-strike for human rights in iran with all our sympathy".

(Wir unterstützen Euren Hungerstreik für Menschenrechte im Iran mit all unserer Sympathie.)

Frankfurt/M.-Harheim, 1.4.1978 gez. H. Gollwitzer

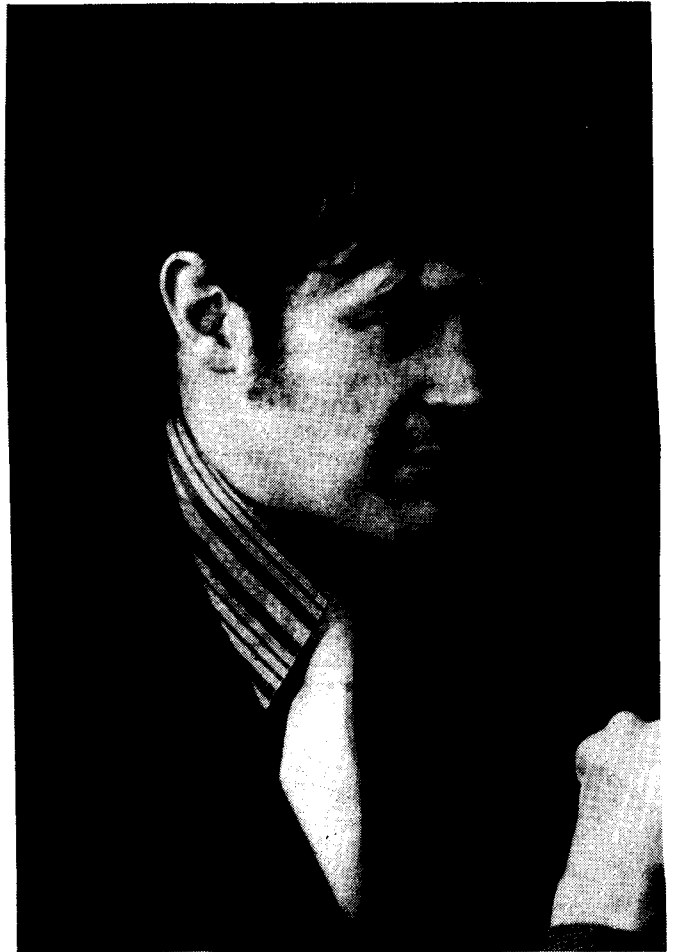
Unterzeichnet von den Mitgliedern der Jury und des deutschen Beirats des Dritten Internationalen Russell-Tribunals.

SELTENES EREIGNIS

Am Freitag, dem 31. April besuchte Klaus Thüsing als einziges SPD-Bundestagsmitglied die Sitzung der Russell-Jury in Harheim um seine Unterstützung des Tribunals auch praktisch zu bekunden.

MITGLIEDER DER JURY BESUCHEN – PRIVAT – GEFANGENE IN STAMMHEIM

"Ich würde sagen, daß für mich jemand, der Aktionen wie die RAF macht, seine intellektuelle Glaubwürdigkeit verspielt, wenn er von Menschenrechten spricht. Er verliert aber nicht sein Anrecht auf Menschenrechte."



Howard Brenton wurde 1942 in Portsmouth geboren. Er ist einer der international bekannten, jüngeren englischen Dramatiker. Stücke: *Magnificenz*, das den politischen und geistigen Werdegang eines Attentäters schildert; *Churchill Play* u.a. Das Stück, das Howard Brenton zu Anfang des Interviews erwähnt, heißt *'Weapons of Happiness'*! Das Interview fand an zwei Tagen der letzten Woche statt.

ID: Würdest du uns etwas über deine Arbeit sagen, was dir daran wichtig ist und was deiner offiziellen Biographie, wie sie uns hier vorliegt, nicht zu entnehmen ist?

HB: Ich schreibe fürs Theater. Ich versuche Sachen zu schreiben, die man normalerweise nicht auf der Bühne sieht. Ich habe z.B. ein Stück geschrieben über einen Flüchtling aus den Slansky-Prozessen, der in London Anfang der 50er Jahre als gebrochener alter Mann in eine Fabrik kommt, die in der Krise steckt, wo die Arbeiter, die keine politische Erfahrung haben, eine Fabrikbesetzung machen. Die Arbeiter lernen von diesem alten Mann, der früher Minister in einer kommunistischen Regierung war, er gibt sein Wissen weiter - es geht hier um eine Tradition, eine revolutionäre Tradition, die sehr kostbar ist und die für große Teile der Arbeiterklasse nicht so leicht verfügbar ist. Ich wollte ein Stück schreiben, das sagt, es ist für uns heute möglich, diese Erfahrungen weiterzugeben, zu vermitteln. Daran arbeite ich.

ID: Aus dieser Biographie hier geht nicht hervor, inwieweit du politisch engagiert bist, ob du in irgendeiner Partei oder politischen Gruppierung bist. Kannst du dazu etwas sagen?

HB: Ich bin kein Mitglied irgendeiner Partei - ich bin ein unabhängiger Marxist, was meiner Meinung nach für einen Schriftsteller die einzig mögliche Position ist. Die zentralen Probleme für Marxisten sind Revolution und Demokratie und wie zum Teufel man die beiden zusammenkriegen kann. Wir leben in einer "moralischen Eiszeit"; das Tauwetter hat erst vor etwa 50/60 Jahren angefangen. Wie lange hat allein die Entwicklung bis zum Humanismus gedauert, aus dem die bürgerliche Demokratie hervorgegangen ist.

Wenn man sich diese neonbeleuchteten Straßen da draußen anguckt - technisch sind wir in Europa enorm fortgeschritten, aber politisch sind wir noch längst nicht so weit.

Das ist so die Zeitperspektive, die ich als Schriftsteller habe, obwohl ich weiß, daß es z.B. einem jugendlichen Arbeitslosen überhaupt nicht weiterhilft, wenn er weiß, daß er in der Eiszeit lebt und daß das Tauwetter erst später kommt. Wenn ich mich politisch engagiere, dann bei bestimmten Problemen, wie z.B. der Kampf gegen den Rassismus, womit ich in London in dem Stadtteil, in dem ich wohne, konfrontiert bin. In meinem Stadtteil gibt es eine kleine faschistische Partei, die sehr viel von sich reden macht und die sehr viele Leute bedroht und ihnen schadet.

ID: Um nun auf die Arbeit hier beim Tribunal zu kommen - I würde gern wissen, ob es für dich einen bestimmten Grund gibt, dich mit der Situation hier in Deutschland zu beschäftigen.

HB: Alle westlichen Länder sind in gewissem Sinne ein Land - aufgrund der ökonomischen, finanziellen und militärischen Verflechtungen. Wenn es eine Entwicklung in Deutschland in Richtung auf einen totalitären Staat gibt, dann ist diese Entwicklung sehr leicht exportierbar - z.B. in das Land, in dem ich lebe. Solche großen Worte wie "internationale Solidarität", die hier auf dem Tribunal angesprochen wurden, bekommen einen bitteren Beigeschmack, wenn man bedenkt, was die Politik der D-Mark in anderen Ländern anrichtet.

ID: Du sprichst jetzt die ökonomische Ebene des DM-Imperialismus an...

HB: Mit der ökonomischen Stärke geht, meine ich auch ein bestimmtes Sozialverhalten einher. Das war ja auch in meinem Land so - sehr viel soziales Elend folgte auf die Bibel, das Pfund und die Soldaten. Was für mich aber auch zum Imperialismus gehört ist, daß Leuten Schaden zugefügt wird, daß ihre Gesinnung überprüft wird, daß sie arbeitslos werden wegen i Gesinnung.

ID: Was wußtest du eigentlich über Berufsverbote in Deutschland, ehe du zu diesem Tribunal kamst?

HB: Ich habe einen sehr persönlichen Grund, mich damit zu beschäftigen. Ich habe einen sehr guten Freund, einen Deutschen, der wie viele deutsche Intellektuelle in England im Exil lebt. In London gibt es zur Zeit eine Gruppe von Leuten, die aus Deutschland geflohen sind und die in unserem Land leben und arbeiten wollen. Mein Freund - ich will seinen Namen hier nicht sagen - hat zwei Schwestern. Die eine hat gerade ihre Stelle als Lehrerin wegen des Berufsverbotes verloren, und die andere steht kurz davor. Es ist ein sehr guter Freund von mir, mit dem ich gern zusammen bin - mir ist klar geworden, daß er wie ein klassischer Emigrant lebt, wie - ja, wie die russischen Juden, die vor 50 Jahren nach London kamen und die irgendwelche miesen Jobs annehmen mußten, die weit unterhalb ihrer Qualifikationen waren. Deshalb habe ich "ja" gesagt, als es um meine Beteiligung bei diesem Tribunal ging.

ID: Als du heute diese Frau gesehen hast, die wegen ihres Berufsverbotes als Lehrerin vor dem Tribunal ausgesagt hat, - wie hast du das empfunden?

HB: Ich war entsetzt, ich war engeekelt von der Verfahrensweise dieser Behörden. Ich war schockiert über die Vertreter der Erziehungsbehörden - die einem solchen Verfahren vorsetzen und so mit einer Frau umgehen. Ein Gefühl davon, wieviele Leute dazu beigetragen haben, daß sie ihren Arbeitsplatz verloren hat, und wieviel Geld, Anstrengung und Konzentration dafür aufgewendet worden sind, während es eigentlich der öffentliche Auftrag sein sollte, sie dabei zu unterstützen, in ihren Beruf hineinzuwachsen, so daß sie Kinder gut erziehen kann.

Es hat mich sehr beeindruckt, eine Frau zu sehen, die so gefaßt und mutig war, - offensichtlich eine Demokratin - und auf der anderen Seite die schäbige Brutalität der Behörden.

ID: Hier ging es ja wohl mehr oder weniger um die Zusammenarbeit zwischen Schulbehörden und Verfassungsschutz.

HB: Ja, besonders im nächsten Fall war das ziemlich klar. Was mir auffällt ist, wie offen das gemacht wurde. Wie die Gerichte damit umgehen, wie es in manchen Fällen sogar die Gewerkschaften dulden. Wie Briefe geschickt werden - es passiert alles so offen.

Und auf der anderen Seite gibt es dieses Sammeln von Informationen, das geheim ist, und dann kann man noch nicht mal wissen, ob und wie diese Informationen an die Schulbehörden gelangen. Ich weiß noch nicht, wie wir das rauskriegen können, aber ich werde Fragen stellen, auch wenn sie vielleicht etwas plump und trivial wirken.

ID: Siehst du eigentlich einen Zusammenhang zwischen den Berufsverböten und der Situation, in der sich hier die politischen Gefangenen befinden?

HB: Ich meine Menschenrechte sind Menschenrechte. Wenn man einmal anfängt, diese Rechte zu verletzen in einer Institution wie den Gefängnissen, dann kommt es zu einer Erosion dieser Menschenrechte. Und wenn es stimmt, daß die Menschen, die zur Zeit im Hungerstreik sind, menschenunwürdigen Bedingungen ausgesetzt sind, dann sollte das aufhören. Wenn ich das sage, will ich nicht diesen ganzen Zirkus drumherum machen, den so viele Liberale und Sozialdemokraten machen. Ich will keine sogenannte Distanzierungserklärung machen. Mir gefällt die Art nicht, wie über Häftlinge geredet wird, die wegen terroristischer Aktivitäten angeklagt oder verurteilt sind - um überhaupt darüber reden zu können, soll man sich zwanzig Minuten lang distanzieren, ehe man sagen kann, daß man es nicht richtig findet, wenn Menschen 24 Stunden lang auf dem Bett festgebunden und dabei von Fernsehkameras überwacht werden. Ich werde also keine Distanzierungserklärung machen.

Hier endet das Gespräch, das wir am ersten Tag des Tribunals führten. Es wurde dann einige Tage später fortgesetzt.

ID: Du hast jetzt auf dem Tribunal seit einigen Tagen die Fälle angehört. Welchen Eindruck von der Situation in Deutschland hast du nach diesen Tagen?

HB: Nachdem ich einige Eindrücke gesammelt habe, fange ich an mir Fragen zu stellen. Ich frage mich, entwickelt sich hier ein korporativer Staat? Und ich denke, vielleicht ist die Antwort nicht nein. In den Fragen, die ich heute gestellt habe, habe ich versucht, da heranzukommen, um zu prüfen, ob diese Totalität da ist. Ich will heute nachmittag Fragen stellen - um herauszufinden, was für Verteidigungsmöglichkeiten die Bürger haben, besonders in den Gewerkschaften, weil es mir scheint, daß dies eine zutiefst politische Angelegenheit ist, daß Menschenrecht und Politik zusammengebunden sind, daß sie ein und dasselbe sind. Wenn man über Menschenrechte spricht in diesem Lande, dann spricht man auch immer über das Recht, sich politisch zu organisieren. Und es kann sein, daß z.B.

die deutsche Arbeiterklasse nicht gegen die Berufsverbote streiken wird - das ist nicht die Frage. Die Frage ist, hat jemand das Recht, zu versuchen, die deutsche Arbeiterklasse zu Aktionen gegen die Berufsverbote zu bringen.

Ich will jetzt über Hoffnung reden. Ich denke, daß das Tribunal erfolgreich sein wird, ein Ereignis, bei dem die Wahrheit herausgefunden wird und das den Leuten den Rücken stärkt, allen, die etwas für die Wahrheit tun wollen. Und als Sozialist sage ich, daß es lebensnotwendig für alle in der Linken ist, gemeinsam zu handeln, so daß sie ihre demokratischen Menschenrechte ausüben können, um sich zu organisieren, und verteidigen zu können, um die Rechte der arbeitenden Bevölkerung verteidigen zu können. Ich halte überhaupt nichts von der Vorstellung, die manche Sozialisten vertreten, daß es gut ist, wenn sich die gesellschaftlichen Verhältnisse immer weiter verschärfen, bis endlich der allgemeine Aufstand stattfindet. Das Römische Reich dauerte 500 Jahre. Eine ganze Nation, nämlich die keltische Nation, versuchte Widerstand zu leisten, einen massiven Widerstand, und wurde vernichtet. Ich habe etwas gegen diese Argumentation. Ich habe ein sehr mieses Gefühl, wenn einige meiner Genossen in diesem Lande - die ich als Genossen betrachte - ich weiß nicht ob sie mich als Genossen betrachten - glauben, daß es im Interesse der Arbeiterklasse ist, einen faschistischen Staat zu haben, gegen den man kämpfen kann. Ich halte das für ein unmenschliches und wahnsinniges Argument. Ich wäre sehr dankbar, wenn ihr das abdrucken würdet.

ID: Ich möchte nochmal zurückkommen auf den korporativen Staat. Bei den Fällen, um die es hier in diesem Tribunal geht, handelt es sich um die Auseinandersetzung zwischen Institutionen des westdeutschen Staates und Individuen. Glaubst du nicht, daß dies vor dem Hintergrund einer breiteren Entwicklung, einer weltweiten Phase von Repression zu sehen ist? Siehst du diese Repression in der BRD als Teil einer repressiven Entwicklung auf der internationalen Ebene?

HB: Ja

ID: Meinst du nicht, daß die Möglichkeiten der Deutschen, in dieser Situation zu handeln, begrenzt sind?

HB: Ich sehe das so, daß die BRD in Westeuropa und in ihrer ökonomischen Bedeutung für die 3. Welt eine führende Großmacht ist. Wenn man betrachtet, wie sie das Leben von Menschen bestimmt, ist die BRD ganz sicher eine ebenso starke Großmacht wie die UdSSR und die USA, ökonomisch gesehen, meine ich. Deshalb wird die Entwicklung Deutschlands von Leuten in meinem Lande, das ökonomisch wesentlich schwächer ist, beobachtet. Es ist die alte Geschichte - wenn ein mächtiges Land niest, können acht andere Länder die Syphilis kriegen.

ID: Ein wichtiger Punkt, den du betont hast, war, daß die Leute etwas tun müssen, daß sie sich organisieren müssen, daß sie etwas tun müssen ehe es so schlimm wird, daß die Arbeiterklasse endlich aufwacht.

HB: Und daß die Idee, daß es gut wäre, wenn das Regime, wenn die Verhältnisse immer schlechter werden, wirklich wahnsinnig ist. Das habe ich ja schon mal gesagt. Eine andere Beobachtung: niemand liebt die Menschenrechte. Zum Beispiel: ein ehemaliger Nazi-Richter, dem jemand gegenübergestellt wird, der als Terrorist angeklagt ist, findet eine Gelegenheit, auf die er vielleicht schon seit Jahren gewartet hat, um seine alten Vorstellungen ausdrücken zu können. Er mißbraucht, er negiert die Menschenrechte. Leute dagegen, die terroristische Organisationen unterstützen, sprechen über Menschenrechte, um ihre Ziele zu erreichen.

ID: Du siehst also eine Mißachtung ... seitens der Terroristen...

HB: ... von Menschenrechten. Ich würde sagen, daß für mich jemand, der Aktionen wie die RAF macht, seine intellektuelle

Glaubwürdigkeit verspielt, wenn er von Menschenrechten spricht. Er verliert aber nicht sein Anrecht auf die Menschenrechte. Diese beiden Sätze stellen meine Position dar. Ich weiß, daß in Deutschland die Gefahr besteht - vielleicht kann das Russell-Tribunal daran etwas ändern - daß, wenn man sowas öffentlich sagt, nur der erste Satz zitiert wird, und der zweite nicht. Von dieser Position aus haben ich und zwei andere Jury-Mitglieder vor, und zwar in individueller Eigenschaft, die Stammheimer Gefangenen zu besuchen. Wir haben einen offiziellen Antrag dazu gestellt.

ID: Ihr habt diesen Antrag schon gestellt? Wann wollt ihr die Gefangenen besuchen?

HB: Am kommenden Mittwoch. Und zwar als Individuen, nicht in unserer Eigenschaft als Mitglieder der Jury.

ID: Wer außer dir wird noch nach Stammheim gehen?

HB: Außer mir noch Trevor Griffiths aus England und Elliot Taikeff aus den USA. Wir versuchen, daß jeder einen anderen Gefangenen besuchen kann, mit einem Dolmetscher.

ID: Werdet ihr direkt nach eurem Besuch in Stammheim darüber berichten?

HB: Nein. Die Jury wird sich in der nächsten Sitzung mit der Behandlung der Leute beschäftigen, die wegen Gewalttaten gegen den Staat angeklagt oder verurteilt sind. Ein Unterkomitee der Jury ist gebildet worden, um eine Dokumentation darüber vorzubereiten. Dieser Besuch von Individuen ist der Beginn, sich darüber zu informieren.

ID: Ist das schon eine Vorbereitung auf die nächste Sitzungsperiode?

HB: Nicht im Namen der Jury. Wir machen das als Individuen. Ich möchte, daß das klar ist.

LIEDER GEGEN DIE WÖLFE ...

die unsere Schafe reißen

FRANKFURT-HARHEIM

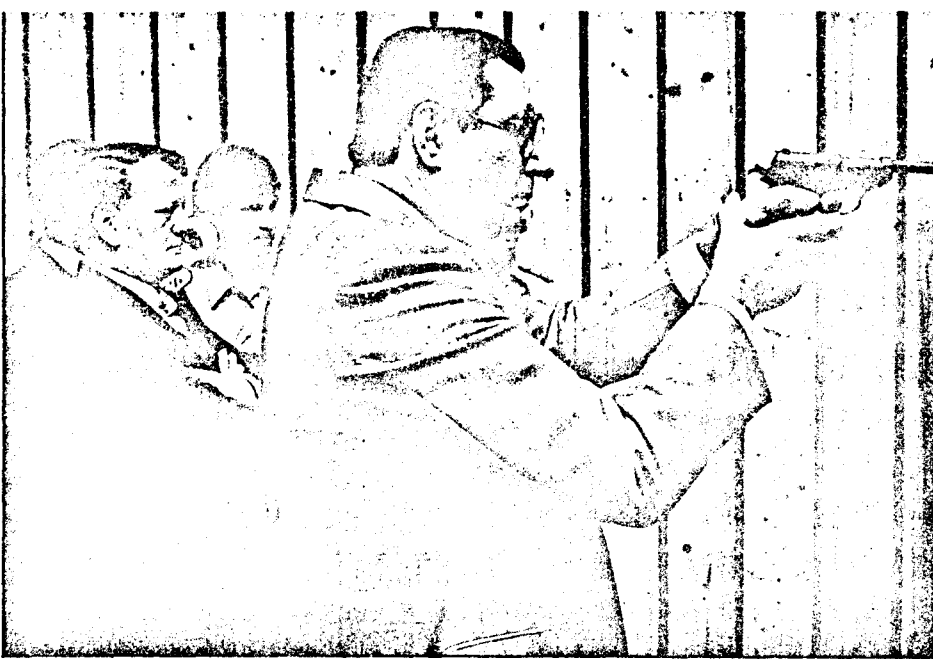
1. April

In einem großen Zelt neben der Tagungsstätte des Russell-Tribunals versammelten sich

gegen Ende des Tribunals ca. 3.500 Leute zu einem fröhlichen Liederabend mit politischen Einlagen, zu dem der Beirat geladen hatte.

Führte dieser Abend eher dazu, daß wir das Russell-Tribunal leichter konsumieren konnten, oder ließ es unsere Realität träglicher werden? Urteilen wir nicht zu hart: dennoch meinen wir, daß sich die Grenzen zwischen Aufnahme des Angebotes und Verarbeitung des Aufgezwungenen leicht verwischen.

Jedenfalls heizte der Auftakt des beliebten Frankfurter „Linksradikalen Blasorchesters“ die Stimmung im Zelt gewaltig an. Die als Blasmusik vertonte Tagesschau und Wetterkarte hinterließen einen klangvollen Eindruck des Nachrichtenmischmasch auf dem Bildschirm und leichte Verlegenheit auf den Gesichtern der Fernsehreporter, deren einziges Interesse, stellvertretend für die breite Öffentlichkeit, einzig und allein dem „gesamdeutsch“ geschädigten Wolf Biermann galt. Wodurch auch die gesamte Veranstaltung in die verlockenden Sphären eines linken Schlagerfestivals zu driften drohte. Doch der Auftritt des Pastors Gollwitzer brachte den Abend zunächst wieder auf den richtigen Kurs. Mit seinem „subjektiven Eindruck“ über die unterschiedliche Betroffenheit Einzelner wollte er so vielen Leuten wie möglich deutlich machen, wie anders etwa ein P.P. Zahl den Strafvollzug beurteilt als die Justizminister der Länder, oder Helmut Schmidt (Bundeskanzler) Berufsverbote scheinbar überhaupt nicht wahrnimmt, W. Brandt dagegen sie als einen Fehler erachtet. (Arnfrid Astels Epigramme können wir nicht kommentieren, stattdessen schlugen wir uns am anderen Ende des Zeltes mit der viel zu teuren Linsensuppe herum.)



Konkret

2/78

①

Bewertung

Die Einstellung der maßgeblichen das Tribunal betreibenden Gruppen und die Erfahrungen mit ähnlichen Kampagnen im In- und Ausland lassen erkennen, daß mit dem Tribunal die rechtsstaatliche demokratische Ordnung der Bundesrepublik verleumdet werden wird. Erfahrungsgemäß verlangen derartige die politische Wirklichkeit der Bundesrepublik entstellende Darstellungen nicht nur bei kritisch eingestellten Gruppen, sondern auch bei wohlgesinnten aber schlecht und lückenhaft informierten. Es ist nicht auszuschließen, daß auch längst bekannte, häufig widerlegte aber dennoch immer wieder erhobene Vorwürfe gegen unsere demokratisch rechtsstaatliche Ordnung durch ein Verdikt bekannter Persönlichkeiten in den Augen vieler erneut Gewicht erhalten. An die innenpolitischen Rückwirkungen des ersten Russell-Tribunals in den USA wird erinnert. Darüber hinaus besteht die Gefahr, daß eine solche Veranstaltung neues Protestpotential hat, vorhandenes sammelt und intensiviert als auch den gewalttätigen Extremismus ebenso wie Sympathien für die gegen den Staat kämpfenden Terroristen erneut stärkt. Den hieraus erwachsenden Gefahren muß begegnet werden.

Foto: dpa

Bundesinnenminister Maihofer: Aus seinem Ministerium stammt das Geheimpapier über das Russell-Tribunal, das der KONKRET-Redaktion zugespielt wurde. Es hat die Akten-Nummer

ÖS 2 - 614 300 - R/21 VS-NfD

Sebastian Cobler vom Sekretariat des Russell-Tribunals bedankt sich dafür

Das Papier besteht aus zwei Teilen: Der erste schildert schlecht und fehlerhaft recherchiert die »Entstehungsgeschichte« des Tribunals; dieser relativ belanglose Text wurde im vergangenen Herbst im Bulletin des Innenministeriums veröffentlicht. Interessant dagegen ist der vertrauliche zweite Teil des Papiers, den KONKRET im Wortlaut dokumentiert.

Die Staatsschutz-Strategen liefern hier die Einschätzung der innen- und außenpolitischen Wirkungen des Tribunals — die mögliche Sammlung und Stärkung der außerparlamentarischen Oppositionsbewegung — und listen dann eine Reihe von Maßnahmen zur Verhinderung des Tribunals auf. Kern all dieser Maßnahmen: Das Tribunal soll zum Opfer eben jener strafrechtlichen Zensurbestimmungen gemacht werden, die selbst Gegenstand der Untersuchung durch das Tribunal sein werden — allen voran der § 90 a StGB: »Verunglimpfung des Staates«. Mit anderen Worten: Die Frage nach Zensur wird selbst zensiert.

Zu diesem Zweck wird im Innenministerium erwogen, gegen die ausländischen Mitglieder des Tribunals Einreiseverbote zu verhängen, sie als »unerwünschte Personen« zu behandeln. Es wird weiter erwogen, die Veranstaltung nach dem Versammlungsgesetz zu verbieten oder polizeilich aufzulösen, weil von ihr eine »Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung« ausgehe. Schließlich wird angeregt zu prüfen, ob nicht das Russell-Sekretariat in Berlin nach den Bestimmungen des Vereinsgesetzes aufgelöst werden kann, weil seine Tätigkeit, wenn auch schwer beweisbar, gegen Strafgesetze verstoße — etwa: gegen das Verbot der »Verunglimpfung des Staates«, wie sie von dem Tribunal zu erwarten sei.

Außerdem ins Spiel gebracht, dann aber allein aus technischen, nicht etwa aus politischen Erwägungen, wieder verworfen werden zwei weitere, fast schon gespenstisch anmutende Maßnahmen: die Infiltration des Tribunals mit (regierungs-)verlässlichen Personen, die für einen »Freispruch« der Bundesrepublik sorgen, und — man glaubt sich zu verlesen — die Möglichkeit, den Mitgliedern des Sekretariats vom Bundesverfassungsgericht die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit gemäß Art. 18 GG aberkennen zu lassen — die Vorbereitung und Durchführung des Tribunals sei ein verfassungswidriger Mißbrauch dieser Grundrechte!

Das Papier zeigt eindrucksvoll, wie hierzulande zunehmend polizeiliche Denkformen und Überlegungen, polizeiliche Ignoranz und Arroganz die Formen der politischen Auseinandersetzungen beherrschen. Es zeigt, was von den ständigen und gerade auch im Zusammenhang mit dem Russell-Tribunal abgegebenen Regierungserklärungen über die Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik zu halten ist. Es ist erschreckend und erhellend zugleich, wie bereits eine nur untersuchende Tätigkeit wie die des Russell-Tribunals kriminalisiert wird und welche Mittel hierzu einzusetzen die Verwalter des »freiheitlichsten Staates in der deutschen Geschichte« bereit sind.

In der Gründungserklärung der Mitglieder des Tribunals vom Oktober 1977 wird versichert, daß auch diejenigen die Möglichkeit der Stellungnahme vor dem Tribunal erhalten werden, denen Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. Das Innenministerium hat seine Antwort bereits vorab gegeben und damit unfreiwillig einen zentralen Beitrag für die Arbeit des Tribunals geleistet.

3. Mögliche Gegenmaßnahmen

Die im folgenden nur kurz erörterten Schritte sind als mögliche Gegenmaßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit hin zu prüfen.

3.1. Steuerung durch Beitritt und Mitwirkung demokratischer Kräfte mit dem Ziel, einen der politischen Wirklichkeit in der Bundesrepublik Deutschland gerecht werdenden »Freispruch« zu erzielen.

Ein solches Vorgehen erscheint schon wegen der Zugangsschwierigkeit und der großen Erfahrung mit konspirativen Arbeitsweisen der das Tribunal betreibenden Kräfte ausgeschlossen. Ein wirklich moderierender oder gar steuernder Einfluß demokratischer Persönlichkeiten ist auf derartige Vorhaben erfahrungsgemäß kaum zu erzielen. Die Werbewirksamkeit der Teilnahme demokratischer Kräfte dagegen würde erheblich gesteigert.

3.2. Einwirken auf Persönlichkeiten und Gruppen des demokratischen Spektrums, sich nicht an dem Vorhaben zu beteiligen und es nicht zu unterstützen.

Eine solche Aufforderung erscheint erforderlich, auch wenn sie nach bisherigen Erfahrungen nur teilweise befolgt werden dürfte. Einer solchen Bitte könnte zusätzliches Gewicht dadurch verliehen werden, daß sie aufgrund eines Kabinettsbeschlusses

- der Bundeskanzler an die Ministerpräsidenten der Länder sowie an die Vorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien und
- die Bundesminister an die jeweils in ihrem Zuständigkeitsbereich in Frage kommenden Spitzenverbände und Landeskollegen

mit der Bitte richten würden, ihren Einfluß

**NUR FÜR DEN
DIENSTGEBRAUCH
DAS ANTI-
RUSSELL-PAPIER**

se verwehrt werden, da angenommen werden muß, daß ihre Anwesenheit erhebliche Belange der Bundesrepublik aus anderen als in § 10 Abs. 1 Ziffern 1 - 10 genannten Gründen beeinträchtigen würde.

3.4. Förderungsentzug

Sollte festgestellt werden, daß von der öffentlichen Hand finanziell geförderte Gruppen das Tribunal unterstützen, sollte ihnen diese Förderung entzogen werden, falls sie ihre Unterstützung nach Aufklärung über Ziele und Zusammenhänge der Diffamierungskampagnen nicht einstellen. Förderung solcher Gruppen könnte u. U. durch BMJFG und BMBW erfolgen.

3.5. Verwirkung von Grundrechten nach Art. 18 GG

Falls festgestellt werden könnte, daß Personen mit Vorbereitung oder Durchführung des Tribunals die in Art. 18 genannten Grundrechte z. B. der Freiheit zur Meinungsäußerung (Art. 5), der Pressefreiheit (Art. 5 Abs. 1), der Versammlungsfreiheit (Art. 8) oder der Vereinigungsfreiheit (Art. 9) zum Kampf gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbrauchen, könnte der Bundestag, die Bundesregierung oder eine Landesregierung beim Bundesverfassungsgericht Antrag auf Entscheidung über eine Verwirkung dieser Grundrechte stellen.

Dieses Verfahren erscheint jedoch insbesondere angesichts der in ihrer Dauer begrenzten Aktion des Tribunals zu aufwendig und unangemessen. Auch dürfte es im Hinblick auf die hohen vom Verfassungsgericht gestellten Anforderungen (den beiden bisher gestellten Anträgen wurde nicht entsprechen!) schwerfallen, die für Erfolg versprechende Anträge notwendigen Sachverhalte nachzuweisen.

3.6. Aufklärung und Information der Öffentlichkeit

Durch intensive Aufklärung und Information muß die Öffentlichkeit im In- und Ausland über

- Hintergründe und die wahren Ziele der das Tribunal tragenden Gruppen,
- die das Tribunal in Wirklichkeit betreibenden Kräfte,
- eine klare (möglichst einhellige) Beurteilung des Vorhabens durch die Bundes- und Landesregierungen, die im Bundestag vertretenen Parteien sowie wesentliche gesellschaftliche Gruppen, z. B. Gewerkschaften, Richter- und Anwaltsvereine und
- die wirklichen Umstände der dem Tribunal verzerrt dargestellten Sachverhalte (z. B. Behandlung von Häftlingen, Eignungsprüfungen für den öffentlichen Dienst) und die Gründe für ihre rechtsstaatliche demokratisch legitimierte Regelung

unterrichtet werden. Diese Aufklärungs- und Informationskampagne könnte getragen und koordiniert werden von BPA, den Referaten für Öffentlichkeitsarbeit der betroffenen Ressorts, insbesondere von BMJ, AA und BMI, den Akademien für politische Bildung, den für Verfassungsschutz durch Aufklärung bei Bund und Ländern Zuständigen, der von Bund und Ländern gebildeten Gruppen für Öffentlichkeitsarbeit gegen Terrorismus sowie der von BPA, AA, BMJ und BMI gebildeten Interministeriellen Arbeitsgruppe, die sich mit ungerechtfertigter ausländischer Kritik an der Rechtsstaatlichkeit in der Bundesrepublik befaßt.

jeweils in der gleichen Richtung geltend zu machen.

Dabei bleibt zu bedenken, daß eine solche Aktion (schon wegen Ihrer Seltenheit) dem Tribunal nicht zu unangemessener Publizität verhelfen darf.

In diesem Appell, das Tribunal nicht zu unterstützen, sollte eingeschlossen werden die Aufforderung, keine öffentlichen Räume (in Berlin) für die Durchführung oder (im gesamten Bundesgebiet) für vorbereitende Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Verbote

— nach dem Versammlungsgesetz

Die Möglichkeit, das Tribunal oder es vorbereitende Versammlungen zu verbieten, ist von den jeweils zuständigen Ordnungsbehörden zu prüfen.

Erwogen werden könnte ein Verbot nach § 5 Ziff. 4 VersammLG, falls sich hinreichende Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Veranstalter Äußerungen etwa von sogenannten Zeugen, Jurymitgliedern und anderen dulden werden, die ein Verbrechen oder ein von Amts wegen zu verfolgendes Vergehen zum Gegenstand haben. In Betracht komme z. B. nach §§ 89, 90 a, III, 126, 130, 140 StGB. Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen über die Haltung und Äußerungen der das Tribunal vorbereitenden oder unterstützenden Gruppen kann sowohl mit derartigen Erklärungen als auch damit gerechnet werden, daß die Veranstalter des Tribunals solche Erklärungen als Teil der von ihnen benötigt, die staatlichen Organe der Bundesrepublik »belastenden« Zeugnisaussagen dulden werden. Hierbei sollte bedacht werden, ob aus Gründen eindeutiger Beweissicherung und aus Wirksamkeitssüberlegungen eine polizeiliche Auflösung der Tribunal-Veranstaltung nach § 13 Abs. 1 Ziff. 4 VersammLG dem Verbot der Veranstaltung nicht vorzuziehen ist.

— nach dem Vereinsgesetz

Da sowohl das Vorbereitungssekretariat als auch die Unterstützungsinitiativen Vereine im Sinne von § 2 VereinsG sind, kommen Vereinsverbote gem. § 3 VereinsG in Betracht, falls festgestellt werden kann, daß ihre Zwecke oder ihre Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder daß sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richten. Derartige Verbote könnten wegen der Möglichkeit, ihren sofortigen Vollzug anzuordnen und die Vereinsvermögen zu beschlagnahmen und einzuziehen, nachhaltige Wirkungen haben. Die o. g. für eine Verbotsverfügung erforderlichen Nachweise dürften jedoch kaum zu führen sein.

— nach dem Ausländergesetz

(§§ 6, 10 i. V. m. § 18 AuslG und ggf. § 12 Aufenth. Gesetz/EWG)

In der Bundesrepublik lebenden Ausländern könnte die Beteiligung am Russell-Tribunal durch ein Verbot politischer Betätigung gem. § 6 AuslG untersagt werden. Zum Tribunal oder zu seiner Vorbereitung einreisenden Ausländern könnte die Einrei-